

BÜRGCHAFTSANTRAG

ISB-/ Landes-Bürgschaften

an die

**Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)
Postfach 3024
D-55020 Mainz**

Antragsdatum:

Eingangsvermerk

--

Kreditinstitut			
Anschrift			
Aktenzeichen			
Bearbeiter/in			
Telefon		Fax	
E-Mail			

Antrag auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft/Exportgarantie

ISB (über 1,25 Mio. € Obligo)

des Landes Rheinland-Pfalz

Exportgarantie

1. Antragsteller (Kreditnehmer)

Firma*			
Anrede*	Herr	Frau	
Nachname, Vorname*			
Wohnort (PLZ, Ort, Straße)			
Betriebsanschrift (PLZ, Ort, Straße)*			
Investitionsort (PLZ, Ort, Straße)*			
Telefon		Fax	
E-Mail			
Internetadresse			
Personalausweisnummer			
Ausstellungsort/-datum			
Ausstellende Behörde			
Mitglied bei	IHK	HWK	Sonstige: <input type="text"/>
Kammeranschrift (PLZ, Ort, Straße)			

Bankverbindung

Kontoinhaber/in			
IBAN		BIC	

2. Unternehmen*

Gründungsdatum:		
Gesellschafter/in / Geschäftsführer/in / Rechtsform (ggf. auch der Komplementär-GmbH) Name, Vorname, Geburtsdatum, Wohnsitz	Höhe der Beteiligung EUR	Tätigkeit im Unternehmen
Personalausweisnummer		
Ausstellungsort/-datum		
Ausstellende Behörde		
Gegenstand des Unternehmens		

Hinweis: Verbundene/nahestehende Unternehmen ggf. auf einer Anlage darstellen

3. Arbeitsplätze*

		Bestehend	Neu	Gesamt
Arbeitsplätze	Anzahl:			
davon Ausbildungsplätze	Anzahl:			

4. Zu verbürgende Kredite

Mittelherkunft/ Kreditart	Kreditbetrag EUR	Verbür- gungs- grad %	Zinssatz %	Auszahlung %	Laufzeit Jahre	davon Freijahre	Tilgungsraten (T)/ Annuitätsraten (A) ¹ EUR				
							T	A	mtl.	vj. hj. p.a.	

¹ Bitte ankreuzen, ob es sich um Tilgungs- oder Annuitätsraten im monatlichen, vierteljährlichen, halbjährlichen oder jährlichen Zeitrhythmus handelt.

5. Kurzbeschreibung des Vorhabens*

Existenzgründung	Übernahme	Sonstiges:
Neuerrichtung	Rationalisierung	
Betriebserweiterung	Betriebsmittelkredit	
Betriebsverlagerung	Avale (Auslandsavale nur im Exportgarantieprogramm verfügbar!)	

6. Bei Förderinstituten gestellte/bewilligte Anträge (bei gleichzeitiger Beantragung bitte Kopie beifügen)*

KfW	ISB	Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz	Sonstige	
-----	-----	---------------------------------	----------	--

7. Vorgesehene Sicherheiten (für den/die Bürgschaftskredit/e)

Empty area for providing details of the intended securities for the guarantee credit(s).

8. Erklärungen des Kreditinstituts

Wir sind bereit, vorbehaltlich der Übernahme der Bürgschaft / Garantie den Kredit zu gewähren.

Der vorstehende Antrag wird auf der Grundlage der Allgemeinen Geschäftsbedingungen / Garantiebedingungen in der derzeit gültigen Fassung der ISB gestellt, die wir hiermit anerkennen. Im Falle einer Bürgschaft des Landes Rheinland-Pfalz wird der vorstehende Antrag auf Grundlage des Landesbürgschaftsprogramms gemäß Regularien der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen vom 17.10.1991 (MinBl.S. 484), geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 17.01.1994 (MinBl. S. 43) und vom 30.06.1995 (MinBl. S. 317) nebst Allgemeinen Bedingungen für den Bürgschaftsvertrag gewährt, die wir hiermit anerkennen.

Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite bisher nicht gewährt sind (Abschluss Kreditvertrag und/ oder Valutierung).

Nur Exportgarantie - Angaben zu den ausländischen Vertragspartnern und deren Bonität sowie Beurteilung des Länderrisikos

Nur Exportgarantie - Beurteilung der Erfahrungen im Auslandsgeschäft und Stellungnahme zum geplanten Exportgeschäft

Mir / Uns ist bekannt, dass der Bürgschaft / Garantie Subventionen der öffentlichen Hand zugrunde liegen. Ich bin / Wir sind darüber unterrichtet, dass die zu den in diesem Antrag und seinen Anlagen mit * gekennzeichneten Angaben subventionserheblich sind. Ich versichere / Wir versichern, dass mir / uns deren Subventionserheblichkeit und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges gem. § 264 StGB bekannt sind. Auf die Vorschriften des Subventionsgesetzes insbesondere die Mitteilungspflichten nach § 3 des Subventionsgesetzes wurde ich / wurden wir hingewiesen.

Pfändungs- und Vollstreckungsmaßnahmen jeglicher Art sind in den letzten 5 Jahren bei der/den Antragstellerin/nen / dem/den Antragsteller/n, Gesellschafterin/nen / Gesellschafter/n, von der/den Gesellschafterin/nen / dem/den Gesellschafter/n beherrschten Unternehmen und der/den Kreditnehmerin/nen / dem/den Kreditnehmer/n nach unserer Kenntnis

nicht vorgekommen
in einer Anlage erläutert

Wir bestätigen, die Identifizierungspflichten sowie relevante Vorschriften nach dem Geldwäschegesetz, insbesondere die allgemeinen Sorgfaltspflichten nach § 3 Abs.1 Nr. 1-3 GWG beachtet zu haben. Die ISB/ das Land greifen zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten auf uns zurück.

Wir verpflichten uns,

- alle Informationen/Daten hinsichtlich der Identifizierung der Bürgschaftsnehmerin / des Bürgschaftsnehmers, inkl. der gem. § 8 Abs. 1 Satz 2 GWG festzustellenden Daten zum Identifikationsdokument unmittelbar an die ISB weiterzuleiten.
- nach Anforderung durch die ISB/das Land entsprechende Kopien der Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Sorgfalts- und Identifizierungspflichten stehen, zur Verfügung zu stellen.

Wir bestätigen, die ISB/das Land über den „PEP-Status“ (PEP = politisch exponierte Person) einer Antragstellerin / eines Antragstellers / einer Kreditnehmerin / eines Kreditnehmers zu informieren und unterrichtet zu halten.

Ort

Datum

Stempel/Unterschrift des Kreditinstituts

9. Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers (Kreditnehmerin/Kreditnehmers)

- a) Die Allgemeinen Bürgschaftsbedingungen/Garantiebedingungen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), Holzhofstraße 4, 55116 Mainz, (nachstehend „ISB“ genannt) bzw. bei Landesbürgschaften die Allgemeinen Bedingungen für den Bürgschaftsvertrag nebst der Verwaltungsvorschrift des Landes Rheinland-Pfalz (nachstehend „Land“ genannt) in der derzeit gültigen Fassung habe/n wir/ich erhalten und erkenne/n diese an.
- b) Mir / uns ist bekannt, dass sich das Land zur Bearbeitung dieses Antrags und zur Verwaltung der Bürgschaften der ISB als Treuhänderin bedient. Mir / uns ist weiter bekannt, dass sich die ISB und das Land der elektronischen Datenverarbeitung bedienen. Ich bin / wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen personenbezogenen (z.B. Wohnort, Alter) und sachbezogenen Daten (z.B. Gegenstand des Unternehmens, Investitionsort) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Bürgschaftsverwaltung und -abwicklung sowie der statistischen Auswertung und ggf. zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Scoring-/Ratingverfahrens verarbeitet, verwendet und gespeichert werden.

Die ISB und das Land sind berechtigt, von mir / uns eingereichte Unterlagen und Angaben sowie die hierzu getroffene Entscheidung an die im Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen weiterzuleiten.

Soweit die ISB / das Land sich im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung externer Dienstleister bedient (z.B. für IT-Dienstleistungen, Scoring-/Rating-Systeme), dürfen diese meine Daten nur nach Weisung der ISB / des Landes zu den o.g. Zwecken verarbeiten.

Ferner willige ich/willigen wir ein, dass die ISB/das Land berechtigt ist, bei Antragsbearbeitung / Vertragseingehung und zur Weiterentwicklung der Risikobewertung und -steuerung (z.B. Scoring/Rating) Bonitätsdaten (z.B. Scorewerte) über mich / uns bei Dritten (z.B. Creditreform AG / SCHUFA) und Stellungnahmen von anderen am Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen wie Hausbank, Kammern, Verbänden, Behörden des Bundes/Landes, einzuholen, elektronisch zu verarbeiten und zu nutzen und den am Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen Daten der Antragsbearbeitung und Bürgschaftsverwaltung sowie diesbezügliche Entscheidungen zu übermitteln.

- c) Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die ISB/das Land zur Beurteilung des Bürgschaftsantrages gutachterliche Stellungnahmen anfordert. Zu diesem Zweck befreie/n ich/wir die ISB, das Land, Kammern und Verbände sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- d) Gleichzeitig gestatte ich / gestatten wir unwiderruflich, dass das Finanzministerium des Landes Einsicht in die Steuerakten beim zuständigen Finanzamt bis zur endgültigen Abwicklung des Bürgschaftsengagements / der Exportgarantie nimmt. Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Ausfallbürgschaft ist das Finanzministerium berechtigt, dem Kreditgebenden und der ISB / dem Land zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zu machen.
- e) Die Übernahme der Bürgschaft erfolgt nach den EU-Richtlinien auf Basis der KMU- bzw. De-minimis-Regelungen. Ich verpflichte mich daher, über erhaltene oder beantragte Fördermaßnahmen auch von anderen Förderinstituten Auskunft zu erteilen. Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die ISB/das Land beihilferelevante Informationen bei den oben unter Ziffer 6 genannten anderen Förderinstituten einholt, soweit dort gleichzeitig Anträge gestellt sind. Zu diesem Zweck befreie ich/befreien wir diese Förderinstitute von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- f) Zur Durchführung der im Rahmen des GwG erforderlichen Identifizierung verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, die erforderlichen Angaben gem. § 11 GwG zu machen.
- g) Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns offen zu legen, ob ich/wir die Geschäftsbeziehung oder die Transaktion für einen wirtschaftlich Berechtigten i.S.d. § 3 GwG begründen, fortsetzen oder durchführen will/wollen.
- h) In Fällen, in denen die Kundin/der Kunde keine natürliche Person ist, verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, die Eigentums- und Kontrollstruktur, einschl. der Angabe der Kapital- und Stimmanteile in Prozent, darzustellen.
- i) Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns offen zu legen, wenn es sich bei mir / uns oder, soweit vorhanden, beim wirtschaftlich Berechtigten i.S.d. GwG um eine natürliche Person handelt, die ein wichtiges öffentliches Amt ausübt oder ausgeübt hat, oder um ein unmittelbares Familienmitglied dieser Person oder eine ihr bekanntermaßen nahe stehende Person.
- j) Soweit für die ISB zur Erfüllung ihrer aus dem GwG resultierenden Pflichten (z.B. bei der Begründung der Geschäftsbeziehung oder bei der laufenden Überwachung der Geschäftsbeziehung) die Mitwirkung der Kundin/des Kunden erforderlich ist, ist die Kundin/der Kunde im erforderlichen Umfang zur Mitwirkung verpflichtet, insbesondere hat sie/er die erforderlichen Angaben zu machen, notwendige Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen.
- k) Verstößt die Kundin/der Kunde gegen ihre/seine vorstehenden Pflichten, kann die ISB die Begründung einer Geschäftsbeziehung ablehnen bzw. eine bereits bestehende Geschäftsbeziehung durch Kündigung oder auf andere Weise beenden und braucht keine Transaktionen durchzuführen.

- l) **Mir / Uns ist bekannt, dass der Bürgschaft / Garantie Subventionen der öffentlichen Hand zugrunde liegen. Ich bin / Wir sind darüber unterrichtet, dass die zu den in diesem Antrag und seinen Anlagen mit * gekennzeichneten Angaben subventionserheblich sind. Ich versichere / Wir versichern, dass mir / uns deren Subventionserheblichkeit und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges gem. § 264 StGB bekannt sind. Auf die Vorschriften des Subventionsgesetzes insbesondere die Mitteilungspflichten nach § 3 des Subventionsgesetzes wurde ich / wurden wir hingewiesen.**
- m) Ich erkläre mich/wir erklären uns bereit, der ISB/dem Land bei Bedarf weitere Auskünfte zu erteilen.
- n) **Es wird bestätigt, dass die im Merkblatt Datenschutz enthaltenen Datenschutzinformationen zur Kenntnis genommen wurden.**

Ort

Datum

Stempel/Unterschrift der / des Antragstellerin / Antragstellers
(Kreditnehmer/in)

10. Erforderliche Unterlagen/Nachweise

Die angekreuzten Unterlagen sind dem Antrag beigefügt. Die weiteren für die Bearbeitung des Antrages erforderlichen Unterlagen werden unverzüglich nachgereicht.

anbei folgt

10.1 Unterlagen des Kreditinstituts

Kreditvorlage / Stellungnahme des Kreditinstituts*

Ratingbericht des Kreditinstituts

Identifizierungsunterlage/n / Ausweiskopie/n

10.2 Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller / Antrag stellenden Unternehmen und deren Gesellschafter/in/innen*

Businesskonzept (Begründung/Kurzbeschreibung des Vorhabens; Produkt, Kundinnen/Kunden, Lieferanten, Mitbewerber, Markt, Standort, Räumlichkeiten etc.)

Gültige Fassung des Gesellschaftsvertrages

10.3 Investitions- und Finanzierungsaufstellung für das Vorhaben*

Anlage 2 Investitions- und Finanzierungsplan (inkl. ergänzende Angaben zur Kostensicherheit)

10.4 Kreditaufstellung mit Kapitaldienst und Absicherung*

Anlage 4 Bankenengagement

10.5 Selbstauskunft*

Lebenslauf bzw. beruflicher Werdegang der Inhaber/innen / Gesellschafter/innen, die wesentlichen Einfluss ausüben können

Selbstauskunft über Vermögens- und Einkommensverhältnisse (Anlage 1)

10.6 Zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

Bilanzen der letzten zwei Geschäftsjahre mit Angabe zur Höhe der GF-Gehälter (ggf. Gleiches für verbundene, nahe stehende oder zu übernehmende Unternehmen)*

Aktuelle BWA des laufenden Geschäftsjahres und BWA des letzten Geschäftsjahres - falls Bilanz noch nicht vorliegt - jeweils inkl. - Vorjahresvergleich und Summen- / Saldenliste; evtl. mit Angabe zu Bestandsveränderungen*

Aktueller Auftragsbestand

Rentabilitätsvorausschau für mindestens zwei Jahre (Anlage 3 Rentabilitätsplan)

Insbesondere bei Betriebsmittelfinanzierung den Liquiditätsplan (Anlage 5)

Planungen generell mit Erläuterungen!

10.7 Ergänzende Angaben

Übernahmevertrag

Miet- / Pachtvertrag oder Verkehrswertangaben zu betriebseigenen Grundstücken / Gebäuden

Beratungsbericht IHK / HWK oder weitere Externe

Ggf. Unternehmens- oder Produktprospekte (Produktions- und Leistungsschwerpunkte, Organigramm)

Grundbuchauszug bei Grundbesitz des Antragstellers / Gesellschafters / der Antragstellerin / Gesellschafterin mit Wertangaben / Schätzungen

Handelsregisterauszug und Gesellschafterliste

Bescheinigung in Steuersachen

Angaben zu Zwangssicherungsmaßnahmen des Finanzamtes* (z.B. Eintrag Zwangssicherungshypothek)

Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis Beihilfen gem. Anlage De-minimis*

Einwilligungserklärung zur Übermittlung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten sowie Befreiung vom Bankgeheimnis gem. Anlage 6

Die Richtigkeit und Vollständigkeit beigefügter Unterlagen Ziff. 10.2 - 10.7 wird versichert.

Ort

Datum

Stempel / Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers / der Gesellschafterin / des Gesellschafters

DE-MINIMIS-ERKLÄRUNG DES ANTRAGSTELLERS

im Sinne der EU-Verordnungen für De-minimis-Beihilfen

1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Antragsteller	
Straße/Haus-Nr./Postfach	
PLZ/Ort	
Das Unternehmen ist im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs tätig	ja nein

2. Definition und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von Unternehmensaufspaltungen werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

3. Erklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich als ein *einziges Unternehmen* gemäß Punkt 2 im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

keine

folgende

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe (bitte die beantragten De-minimis-Beihilfen besonders kennzeichnen):

- **Allgemeine-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen¹,

- **Agrar-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor²,

- **Fisch-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor³ und

- **DAWI-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen⁴

¹ Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013.

² Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013.

³ Amtsblatt der EU Nr. L 190/45 vom 28. Juni 2014.

⁴ Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012.

Beantragte und/oder erhaltene De-minimis-Beihilfen	1	2	3
Antragsteller und ggf. Unternehmen des Verbundes (g. Punkt 2)			
Datum Zuwendungsbescheid/ Vertrag			
Beihilfegeber			
Aktenzeichen			
De-minimis-Beihilfen*			
▪ Allgemeine			
▪ Agrar			
▪ Fisch			
▪ DAWI			
Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)			
Fördersumme in € (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschaftsbetrag)			
Beihilfewert in €			

*Bitte kreuzen Sie an, um welche De-minimis-Beihilfen es sich handelt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben in den Punkten 1 und 3 subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden.

Datum	Ort	Stempel und Unterschrift des Antragstellers

Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten

gem. § 3 und § 11 Geldwäschegesetz (GwG) sowie

Klärung der Frage, ob Beteiligte ein wichtiges öffentliches Amt ausüben

gem. § 1 Abs. 12 und 15 Abs. 3 GwG

1. Name und Rechtsanschrift des Antragstellers/Vertragspartners	
Steueridentifikationsnummer	

Die Ziffern 2.-4. sind nur auszufüllen, wenn Antragsteller/Vertragspartner eine juristische Person oder Personengesellschaft ist.

2. Eventuell abweichende Geschäftsadresse	
3. Registernummer	
4. Darstellung der gesamten Konzern-/Eigentümerstruktur einschließlich Angabe der Beteiligungen in Prozent. Bitte ggf. Anlage verwenden oder vollständiges Organigramm beifügen.	
5. Wer ist/sind wirtschaftlich Berechtigte/r oder fiktiv wirtschaftlich Berechtigter? ¹ Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Anschrift des/der wirtschaftlich Berechtigten Steueridentifikationsnummer	

6. Bekleidet der Antragsteller/Vertragspartner oder, soweit vorhanden, der (fiktive) wirtschaftlich Berechtigte ein wichtiges öffentliches Amt (politisch exponierte Person – PEP) bzw. hat er in der Vergangenheit ein solches Amt bekleidet? ²	Nein	Ja
7. Steht der Antragsteller/Vertragspartner oder, soweit vorhanden, der (fiktive) wirtschaftlich Berechtigte einer Person, die ein wichtiges öffentliches Amt bekleidet bzw. bekleidet hat, nahe? ³	Nein	Ja
8. Falls „Ja“, Namen und Funktionen der Person/en		
9. Wer ist/sind Verfügungsberechtigte/r? ⁴ Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Anschrift des/der Verfügungsberechtigten Steueridentifikationsnummer		

Datum	Ort	Unterschrift(en)
-------	-----	------------------

¹ Wirtschaftlich Berechtigter gem. § 3 Abs. 1 GwG ist die natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Antragsteller/Vertragspartner letztlich steht, oder die natürliche Person, auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird.

Bei Gesellschaften ohne Börsennotierung und Transparenzanforderungen ist wirtschaftlich Berechtigter jede natürliche Person, die unmittelbar oder mittelbar mehr als 25 % der Kapitalanteile hält, mehr als 25 % der Stimmrechte kontrolliert oder auf vergleichbare Weise Kontrolle ausübt.

Wenn auch nach Durchführung umfassender Prüfungen keine natürliche Person ermittelt worden ist oder Zweifel daran bestehen, dass die ermittelte Person wirtschaftlicher Berechtigter ist, gilt als wirtschaftlich Berechtigter der gesetzliche Vertreter, geschäftsführende Gesellschafter oder Partner des Vertragspartners (fiktiv wirtschaftlich Berechtigter).

Bei rechtsfähigen Stiftungen und Rechtsgestaltungen, mit denen treuhänderisch Vermögen verwaltet oder verteilt oder die Verwaltung oder Verteilung durch Dritte beauftragt wird, oder bei diesen vergleichbaren Rechtsformen ist wirtschaftlich Berechtigter jede natürliche Person, die als Treugeber, Verwalter von Trusts (Trustee) oder Protoktor, sofern vorhanden, handelt oder jede natürliche Person, die Mitglied des Vorstands der Stiftung ist oder jede Person, die als Begünstigte bestimmt worden ist, oder die Gruppe von natürlichen Personen, zu deren Gunsten das Vermögen hauptsächlich verwaltet oder verteilt werden soll, sofern die natürliche Person, die Begünstigte des verwalteten Vermögens werden soll, noch nicht bestimmt ist, oder jede natürliche Person, die auf sonstige Weise unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss auf die Vermögensverwaltung oder Ertragsverteilung ausübt.

Bei Handeln auf Veranlassung ist derjenige wirtschaftlich Berechtigter, auf dessen Veranlassung gehandelt wird. Soweit der Antragsteller/Vertragspartner als Treuhänder handelt, handelt er ebenfalls auf Veranlassung.

² Ein wichtiges öffentliches Amt im Sinne des GwG liegt bei Ausübung/Wahrnehmung folgender Funktionen vor:

- Staats- und Regierungschef, Minister und stellvertretender Minister bzw. Staatssekretär, Mitglieder der Europäischen Kommission
- Parlamentsabgeordnete und Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane
- Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien
- Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfen oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen im Regelfall kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann
- Mitglieder der Leitungsorgane von Rechnungshöfen
- Mitglieder der Leitungsorgane von Zentralbanken,
- Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés
- Mitglied der Leitungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsgremien staatseigener Unternehmen
- Direktoren, stellvertretende Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation

Als wichtige öffentliche Ämter, die einen PEP-Status in Deutschland begründen, kommen nur Funktionen auf Bundesebene, sowie Landesministerpräsidenten, Landesminister und deren Staatssekretäre in Betracht.

³ Hierunter fallen sowohl **unmittelbare Familienmitglieder** (Ehepartner, eingetragene Lebenspartner, Kinder und deren Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner, Eltern) als auch **bekanntermaßen nahe stehende Personen**. Eine bekanntermaßen nahe stehende Person im Sinne dieses Gesetzes ist eine natürliche Person, die

1. gemeinsam mit einer politisch exponierten Person wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Abs.1 GwG (juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft) ist oder wirtschaftlich Berechtigter einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG (Trusts, nicht rechtsfähige Stiftungen oder ähnliche Rechtsgestaltungen)
2. zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder
3. alleiniger wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Abs. 1 GwG (juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft) ist oder einer Rechtsgestaltung nach § 21 (Trusts, nicht rechtsfähige Stiftungen oder ähnliche Rechtsgestaltungen), bei der die Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.

⁴ Verfügungsberechtigter im Sinne des § 154 Abs. 2 Nr.1 AO ist sowohl der Gläubiger der Forderung und seine gesetzlichen Vertreter als auch jede Person, die zur Verfügung über das Konto bevollmächtigt ist (Kontovollmacht).

Selbstauskunft über Vermögens- und Einkommensverhältnisse* (Beträge in TEUR angeben)

Antrag auf Übernahme einer Bürgschaft (Angaben von jedem Gesellschafter gesondert erforderlich)

Persönliche Verhältnisse	Kreditnehmer/in / Gesellschafter/in				Ehepartner/in			
Name, Vorname								
PLZ, Ort								
Straße, Nr.								
Geburtsdatum								
Staatsangehörigkeit								
Familienstand								
Güterstand	gesetzlich		Gütertrennung		Gütergemeinschaft			
Zahl + Alter der Kinder								
Ausgeübte Tätigkeit								
Bruttoeinkommen/Jahr								
Nettoeinkommen/Jahr								
Privatvermögen	Kreditnehmer/in / Gesellschafter/in				Ehepartner/in			
Grundbesitz in qm								
davon ¹	EFH		MFH		EFH		MFH	
davon ¹	Gewerbeimmobilien				Gewerbeimmobilien			
Nutzungsart (eigen/fremd)								
Aktueller Verkehrswert								
Belastung in Abt. II								
Belastung in Abt. III nom./valutierend								
Jährlicher Kapitaldienst								
Mieteinnahmen im Jahr								
Lebensversicherung								
Versicherungssumme								
Abschlussjahr								
Rückkaufswert								
Sonstiges Vermögen (z.B. Bankguthaben, Wertpapiere, Bausparguthaben)								
Privatverbindlichkeiten	Kreditnehmer/in / Gesellschafter/in				Ehepartner/in			
Restbetrag bestehender Kredite								
Monatliche Zinsen, Tilgung, Annuität								
Verwendungszweck								
Sonstige Zahlungsverpflichtungen								
Bürgschafts-/Leasingverträge								

¹ bitte Anzahl der Quadratmeter von Ein- und Mehrfamilienhäusern, sowie Gewerbeimmobilien eintragen.

Erklärung

- 1) Ich / wir gestatte/n unwiderruflich, dass das Finanzministerium des Landes bis zur endgültigen Abwicklung des Bürgschaftsengagements, bzw. der Exportgarantie, Einsicht in die Steuerakten bei dem zuständigen Finanzamt nimmt. Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Ausfallbürgschaft ist das Finanzministerium berechtigt, dem Kreditgebenden und der ISB / dem Land zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zu machen.
- 2) Zwangsmaßnahmen jeglicher Art in den letzten 5 Jahren (z.B. Eidesstattliche Versicherung, Scheck- / Wechselprotest und / oder Vergleichs-, Gesamtvollstreckungs-, Insolvenzverfahren) sind bei mir/uns bzw. bei von mir / uns beherrschten Unternehmen

nicht vorgekommen

in der Anlage erläutert

Mir / Uns ist bekannt, dass der Bürgschaft / Garantie Subventionen der öffentlichen Hand zugrunde liegen. Ich bin / Wir sind darüber unterrichtet, dass die zu den in diesem Antrag und seinen Anlagen mit * gekennzeichneten Angaben subventionserheblich sind. Ich versichere / Wir versichern, dass mir / uns deren Subventionserheblichkeit und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges gem. § 264 StGB bekannt sind. Auf die Vorschriften des Subventionsgesetzes insbesondere die Mitteilungspflichten nach § 3 des Subventionsgesetzes wurde ich / wurden wir hingewiesen.

Ort

Datum

Unterschrift des
Antragstellers / Antragstellerin
/ Gesellschafters / Gesellschafterin

Unterschrift des
Ehepartners / der Ehepartnerin

Kreditnehmer

Konzern

Investitionsplan***Finanzierungsplan*** (zu verbürgende Kredite/Kreditteile und Avale/Avalrahmen gesondert kennzeichnen)

<u>Anlagevermögen</u>	<u>T€</u>
Grundstück	
Gebäude	
Erwerbsnebenkosten	
Außenanlagen	
Bauzeitinsen	
Produktionsanlagen/ Maschinen	
BGA	
Fuhrpark	
Waren- / Materialausstattung	
Erwerb von Geschäftsanteilen	
Firmenwert	
Rechte (Patente/Lizenzen etc.)	
Software	
Sonstige Produktentwick- lungskosten	

<u>Eigenkapital</u>	<u>T€</u>
Eigenkapital (bar)	
Eigenleistungen (Sacheinlagen)	
Eigenleistungen	
Beteiligung Dritter (z.B. MBG/VC/Sonstige)	
Öffentliche Zuschüsse	

<u>Fremdkapital</u>	<u>T€</u>	<u>zu verbürgen</u>
Hausbank-Darlehen		
Öffentliche Fördermittel KfW		
Öffentliche Fördermittel ISB		
Verkäuferdarlehen		
Privatdarlehen		
Betriebsmitteldarlehen/KK-Kredit		
Avale ¹		

Umlaufvermögen

Betriebsmittel	
Avale ¹	

Summe

Summe

¹Auslandsavale können nur im Exportgarantieprogramm verbürgt werden.

Rentabilitätsplanung

Kreditnehmer		Konzern					
Geschäftsjahr							
GUV		T€	%	T€	%	T€	%
1	Umsatzerlöse (netto)						
2	berücksichtigte Erlösschmälerungen						
3	Bestandsveränderungen						
4	and. akt. Eigenleistungen						
5	Gesamtleistung						
6	Sonstige betriebl. Erträge						
7	Summe betriebl. Erträge						
8	Materialaufwand						
9	davon Fremdarbeiten						
10	Rohertrag (DB I)						
11	Personalaufwand						
12	davon Löhne und Gehälter						
13	davon Gehalt geschäftsf. Gesellschafter/innen						
14	davon Ehegattengehalt						
15	Deckungsbeitrag II (DB II)						
16	Normalabschreibung						
17	sonstiger betr. Aufwand						
18	davon Mietkosten						
19	davon Raumkosten (ohne Miete)						
20	davon Leasingkosten						
21	davon Kfz-Aufwand						
22	davon Werbung						
23	davon Vertrieb						
24	davon Fremdreparaturen/ Instandhaltung						
25	sonstige Steuern						
26	Teil-Betriebsergebnis						
27	Zinsaufwand						
28	Zinsertrag						
29	Betriebsergebnis						
30	Beteiligungsergebnis						
31	davon aus Gewinnabführung						
32	a.o.- betriebl. Erträge						
33	a.o.- betriebl. Aufwendungen						
34	AfA auf Finanzanl. und WP des UV						
35	AfA Ingangsetzung / Firmenwert						
36	unübl. AfA auf UV						
37	Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit						
38	EE-Steuern						
39	JÜ/J-Fehlbetrag (-)						

40 Kennziffer						
41 Betriebsergebnis						
42 + AfA						
43 + GF-Gehälter						
44 Cash-flow						

Bankenengagement* (nur betriebliche Zahlen)

Kreditgebender	Kreditart	Nominal Linie T€	Valuta T€	Zins %	Zinsen p.a. T€	Tilgung p.a. T€	Anmerkungen (z.B. zu Tilgungsbeginn, Tilgungsaussetzung, Zinsfestschreibung, Befristung von BM- Krediten)
Summe alt							
Summe neu							
Summe							

Stand: Mai 2018

Bitte Sicherheitenpiegel beifügen!

Kreditnehmer/in

Konzern

Jahr

Liquiditätsplanung (Angaben in T€)

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Gesamt
I Einnahmen													
Zahlungseingang aus laufendem Geschäftsbetrieb (brutto)													
Einlagen													
Zinseinnahmen													
Besitzwechsel													
Auflösung Tages- / Festgelder													
Darlehensaufnahme Banken (langf.)													
Sonstiges / Zuschüsse / Zinsen													
Summe Einnahmen													
II Ausgaben													
Investitionen (brutto)													
Material und sonstiger Sachaufwand (brutto)													
Personalaufwand													
Leasing (brutto)													
Umsatzsteuer (Zahllast)													
Steuern													
Zinsausgaben													
Schuldwechsel													
Kreditrückzahlung Banken (kurzf.)													
Darlehensrückzahlung Banken (langf.)													
Mieten													
Entnahmen													
Sonstiges													
Summe Ausgaben													
III Über- (Unterdeckung)													
Banksaldo (Monatsanfang)													
Banksaldo (Monatsende)													
Kreditlinien eingeräumt													
Über- / Unterdeckung													

Einwilligungserklärung zur Übermittlung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten sowie Befreiung vom Bankgeheimnis bzw. vertraglichen Geheimhaltungspflichten

Die **Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH (BB-RLP)** reicht als Selbsthilfeeinrichtung der Wirtschaft Bürgschaften und Garantien aus, um die Finanzierung von förderungswürdigen Vorhaben zu ermöglichen. Die BB-RLP ist darüber hinaus Geschäftsbesorgerin der **Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (MBG)** und verarbeitet Daten der Kunden aus deren Geschäftsbeziehung mit der MBG (Auftragsdatenverarbeitung im Sinne der Datenschutzgesetze). Die Daten der Kunden der BB-RLP und die Daten der Kunden der MBG bilden zusammen den „Datenkreis“ der BB-RLP.

Die **Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)** gewährt Kunden und Kundinnen u.a. Zuschüsse, Bürgschaften und Kredite zur Realisierung von Finanzierungen. Daneben ist die ISB als Geschäftsbesorgerin diverser **Venture Capital (VC) Gesellschaften**, die in der Fußnote¹ abschließend aufgezählt sind, tätig und verarbeitet Daten der Kunden und Kundinnen (Auftragsdatenverarbeitung im Sinne der Datenschutzgesetze) aus deren Geschäftsbeziehung mit der jeweiligen VC-Gesellschaft. Die Daten der Kunden und Kundinnen der ISB sowie der Kunden und Kundinnen der genannten VC-Gesellschaften gehören zum „Datenkreis“ der ISB.

Die **Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)** ist weiterhin als Auslagerungsunternehmen für die BB-RLP tätig und verarbeitet im Rahmen dieser Tätigkeit (Auftragsdatenverarbeitung im Sinne der Datenschutzgesetze) Daten der Kunden und Kundinnen aus dem „Datenkreis“ der BB-RLP (siehe oben).

In der Praxis hat sich gezeigt, dass vielfach Kunden und Kundinnen parallel Geschäftsbeziehungen sowohl zur BB-RLP bzw. MBG als auch zur ISB bzw. den genannten VC-Gesellschaften unterhalten. Dies führt dazu, dass die BB-RLP bzw. MBG einerseits und die ISB bzw. die genannten VC-Gesellschaften andererseits parallel identische Daten und Informationen bei einem Kunden / einer Kundin anfordern müssen. Darüber hinaus erleichterte und beschleunigte ein Datenaustausch die Antrags- und Engagementbearbeitung im Hinblick auf die Förderfähigkeit des Vorhabens, den KMU-Status des Kunden / der Kundin, berechnete Subventionswerte etc. erheblich.

Vor diesem Hintergrund willigt der Kunde / die Kundin ein, dass die Daten **innerhalb der Datenkreise der BB-RLP und der ISB sowie zwischen den Datenkreisen der BB-RLP und der ISB** ausgetauscht werden dürfen. Die Einwilligung gilt gegenüber der BB-RLP, der MBG, der ISB und den genannten VC-Gesellschaften (zusammen die „beteiligten Geschäftspartner“). Sie wirkt zugleich insoweit als Befreiung vom Bankgeheimnis (ISB und BB-RLP) bzw. als Befreiung von vertraglichen Geheimhaltungspflichten (MBG, VC-Gesellschaften). Eine generelle Befreiung vom Bankgeheimnis bzw. von vertraglichen Geheimhaltungspflichten geht hiermit nicht einher.

Betroffen sind folgende personenbezogene und / oder das Bankgeheimnis betreffende Daten (im Folgenden: Kundeninformationen):

- Personalien: Name, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf und vergleichbare Daten
- Daten zur Finanzierung: Höhe, Laufzeit, aktueller Kontostand, Sicherheiten und vergleichbare Daten
- Daten zu den wirtschaftlichen Verhältnissen: Jahresabschlüsse, Schufa-Einträge, Steuerbescheide, Einkommensnachweise, laufende Insolvenzverfahren und vergleichbare Daten
- andere für die Gewährung des Kredits bzw. der Bürgschaft wichtige Unterlagen: Vorlagen, Stellungnahmen der Hausbank, Kammern, Verbände, Behörden des Bundes und Länder, Voten der beteiligten Geschäftspartner/innen des Kunden / der Kundin über Antrag, Bewilligung, und Auszahlung / Gewährung von Fördermitteln sowie die maßgeblichen Entscheidungsgründe.

Diese Einwilligungserklärung ist freiwillig und kann jederzeit – ohne Einfluss auf die bestehenden Geschäftsbeziehungen – für die Zukunft widerrufen werden. Der Widerruf wirkt gegenüber allen beteiligten Geschäftspartnern/innen. Zur Vermeidung von Missverständnissen wird aber empfohlen, den Widerruf gegenüber allen beteiligten Geschäftspartnern/innen auszusprechen.

Name des Kunden / der Kundin

Ort

Datum

Stempel/Unterschrift des/der Antragsteller/s/in / Gesellschafter/s/in

¹ Fonds für Innovation und Beschäftigung Rheinland-Pfalz (FiB)
 S-Innovations-Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft (S-IFG)
 Venture-Capital Rheinhessen (VcR)
 Venture-Capital Südpfalz (VcS)
 Venture-Capital Vorderpfalz (VcV)
 Venture-Capital Westpfalz (VcW)
 Venture-Capital Mittelrhein (VMU)
 Venture-Capital Region Trier (VRT)
 Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologieförderung (WFT)